



Digitalpolitik in Schweizer Städten

Zahlreiche Schweizer Städte haben in den letzten Monaten Strategien zu **Smart City und Digitalisierung** veröffentlicht. Hier ein Überblick und erste Erkenntnisse.

Aktuell schwappt eine Digitalisierungswelle über die Deutschschweizer Städte: Im August 2017 hat St. Gallen seinen ersten Chief Digital Officer angekündigt, im Jänner 2018 Luzern eine Smart-City-Offensive lanciert, im Februar 2018 Bern seine neue Digitalstrategie veröffentlicht, und zuletzt haben noch Winterthur diesen März sowie Basel im April ihre Smart-City-Strategien verabschiedet.

Blickt man auf all den städtischen Aktivismus, stellt sich unweigerlich die Frage nach Schein und Sein, denn ausgerechnet Zürich setzt als grösste Schweizer Stadt schon seit mehreren Jahren zahlreiche innovative Digitalisierungsprojekte um, wird aber erst Ende 2018 eine übergreifende Smart-City-Strategie verabschiedet. Und die

Stadt Zug, die seit 2016 Bitcoins als Zahlungsmittel entgegennimmt und mit ihrem „Crypto-Valley“ zahlreiche internationale Blockchain-Start-ups angesiedelt hat, verfügt noch über gar keine Smart-City-Pläne. Das heisst nicht, dass die erstgenannten Städte keine Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien machen würden – im Gegenteil: St. Gallen hat schon 2015 erste Pilotprojekte rund um seine Infrastruktur Internet of Things gestartet.

Fest steht, dass für die Wahrnehmung des digitalen Fortschritts Kommunikation und Terminologie wichtige Rollen spielen. Begriffe wie E-Government und Informatikstrategie haben ausgedient, heute heisst es Smart City und Digitalstrategie. Gleichzeitig ist unbestritten, dass Handlungsbedarf

bezüglich Risiken und Nebenwirkungen besteht, denn die Städte sind in verschiedener Hinsicht durch die digitale Transformation betroffen: Alleine in der Stadt Bern mussten in den letzten Monaten sowohl das Taxireglement aufgrund von Uber und das Übernachtungsreglement wegen der wachsenden Airbnb-Angebote erneuert werden.

Open Data

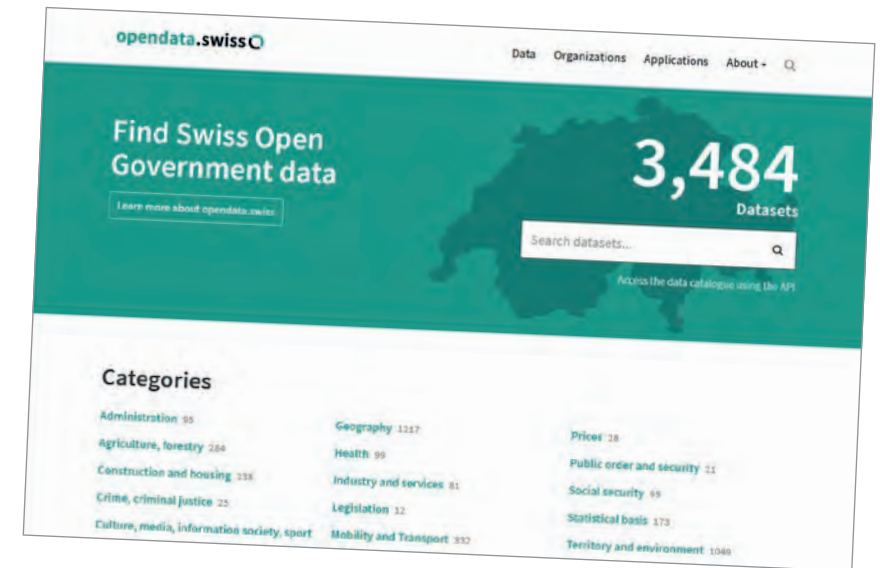
Bei der Durchsicht der zahlreichen neuen Strategiepapiere ist erfreulich, dass in allen das Thema Open Government Data (OGD) aufgegriffen wurde. In der Basler Smart-City-Strategie hat die Freigabe von Behördendaten als Open Data gar einen sehr hohen Stellenwert. Noch sind auf dem Schweizer OGD-Portal opendata.swiss nicht alle Städte präsent, aber immerhin haben Zürich als OGD-Pionierstadt mit aktuell 344 Datensätzen, Basel mit 81 und Bern mit 73 Datensätzen konkrete Datenbestände freigegeben.

Welche Empfehlungen lassen sich ableiten? Sinnvoll ist einerseits die Zusammenarbeit mit städtischen Unternehmen, insbesondere den Stadt-

werken und Verkehrsbetrieben. Anders als die Verwaltung stehen diese Firmen im Wettbewerb mit anderen Anbietern und haben deshalb einen Innovationsdruck, wovon die Stadtverwaltung profitieren kann.

Andererseits sollte die neue Digitalpolitik von ganz oben vorangetrieben werden, sonst kommen all die smarten Vorhaben nicht vom Fleck. Entscheidend scheint dabei, wo die zuständige Stelle hierarchisch angesiedelt ist, bei einem politischen Amt oder beim Verwaltungsapparat: In den Städten Zürich, Basel, Luzern und St.

Gallen ist das Präsidialamt für die Smart-City-Strategie verantwortlich, in Winterthur das Departement Finanzen. Einzig in Bern interessiert sich



die Exekutivpolitik offenbar nicht für die Digitalisierung, denn dort sind E-Government, Smart City und die neue Fachstelle Digitale Entwicklung bei der Stadtkanzlei platziert. Es ist fraglich, ob die seit Hunderten von Jahren für juristische Fragen inklusive dem Stadtarchiv zuständige Stelle die notwendige

Dynamik aufbringen kann, innovative Pilotprojekte und technologisch anspruchsvolle Smart-City-Experimente zum Erfolg zu bringen.

Gastautor: Dr. Matthias Stürmer,
Leiter Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern (Schweiz)

HELFEND LÖSUNGSORIENTIERT UNKOMPLIZIERT

wie die Ameise

Als Österreichs führender IT-Komplettanbieter für maßgeschneiderte und effiziente eGovernment-Lösungen, konzipieren wir die komplette IT – von Software bis Hardware – für öffentliche Verwaltungen. Derzeit vertrauen uns bereits 3 Landeshauptstädte und mehr als 300 Gemeinden.

COMMUNITY

THE AUSTRIAN eGOVERNMENT EXPERTS

68. Österreichischer
Städtetag
6.- 8.06.2018
Feldkirch, Vorarlberg

Kommunalmesse
27.- 28.09.2018
Dornbirn, Vorarlberg

